

Vortrag für Jahrestagung der ACK Baden-Württemberg am 14.10.2016

Vom gerechten Krieg zum gerechten Frieden

Dr. Martina Fischer (Brot für die Welt, Referat Menschenrechte und Frieden)

Politische Rahmenbedingungen und friedensethische Herausforderungen

Die heutige Tagung widmet sich dem Thema des „gerechten Friedens“ und fragt nach den Formen und Möglichkeiten „ziviler Konfliktbearbeitung“. Beides sind Ansätze und Prinzipien, für die sich Kirchen und kirchennahe Akteure hierzulande und auf internationaler Ebene seit langem engagieren. Ich möchte in groben Zügen die Rahmenbedingungen skizzieren, in denen sich Instrumente für einen konstruktiven Umgang mit Krisen und Konflikten entwickelt haben und wo sie zum Einsatz kommen. Wo gibt es Fortschritte? Wo gibt es Defizite und Hindernisse? Es ist viel von „Deutschlands Verantwortung“ auf internationaler Ebene gesprochen und geschrieben worden in den letzten Jahren, ohne dass wirklich ausführlich diskutiert worden wäre, für wen und für was Verantwortung übernommen werden soll, wie sich Verantwortung begründet, und welche Schlussfolgerungen daraus für außen- und sicherheitspolitische Strategien ergeben. Ich möchte auch untersuchen, *an welchen Normen und Werten sich deutsche Politik im internationalen Kontext aktuell orientiert (oder auch orientieren sollte)*, und welchen Beitrag Kirchen und kirchennahe Organisationen bei der Orientierungssuche leisten können.

1. Voraussetzungen für Frieden: Gerechtigkeit, Gewaltfreiheit, Verstehen der Konfliktynamik und vorausschauendes Handeln

Frieden ist nicht ohne Gerechtigkeit zu haben. Diese Aussage gilt auf lokaler Ebene, auf gesellschaftlicher Ebene und global gesehen, also auch im Verhältnis zwischen Staaten. Der Friedensforscher Dieter Senghaas hat in den 1990er-Jahren die Bedingungen für Frieden in einer Figur dargelegt, die er als das „zivilisatorische Hexagon“ beschrieb, mit den sechs Bestandteilen: (1) soziale Gerechtigkeit (2) Gewaltmonopol, (3) Rechtsstaatlichkeit, (4) demokratische Teilhabe, (5) gewaltfreie Konfliktkultur und (6) Affektkontrolle. Senghaas meinte, „angesichts einer Situation in der alle gesellschaftlichen Auseinandersetzungen sich als politische und alle politischen sich als gesellschaftliche darstellen“, werde „zivilisierte

Konfliktbearbeitung zu einem übergeordneten Imperativ“. Sie finde statt, „wenn Staaten oder gesellschaftliche Gruppen ihre Konflikte ohne Rückgriff auf kollektive Gewalt erfolgreich bewältigen“ (Senghaas 1995, S. 37).

Hier ist ein weiteres wichtiges Prinzip benannt, dass Frieden konstituiert, nämlich Gewaltfreiheit im Umgang mit Konflikten. Um sie gewaltfrei bearbeiten und Eskalation verhindern zu können, muss man sich anbahnende Konflikte frühzeitig erkennen. Man benötigt zudem eine fundierte Analyse der Ursachen für Unfrieden und ein Verständnis der Dynamik von Konflikten und ihrer gewaltsamen Eskalation. Außerdem müssen auch die Bedingungen des Friedens gründlicher erforscht werden.

Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, angesichts des Völkermords in Ruanda und nachdem der Krieg plötzlich nach Europa zurückkehrte, mit mehr als 100.000 Toten und Millionen Vertriebenen im ehemaligen Jugoslawien, wurde der Ruf aus der Forschung und den Nichtregierungsorganisationen (NGOs) stärker: man solle sich auf die Vorbeugung von Kriegen konzentrieren und auf die Konsolidierung von Regionen, in denen langanhaltende Konflikte gesellschaftliche Strukturen zerstört haben, um zu verhindern, dass es zu einem Wiederaufflammen von Gewalthandlungen kommt.

Große Hoffnung richteten die an ziviler Konfliktbearbeitung und Krisenprävention interessierten Akteure international auf den Ausbau des UN-Systems. Nachdem der damalige Generalsekretär der Vereinten Nationen (VN), Boutros Boutros-Ghali 1994 die Agenda für den Frieden formuliert hatte, haben die VN und ihre Regionalorganisationen in den Folgejahren neue Strukturen geschaffen, die eine Früherkennung von Krisen erleichtern. Das betrifft u.a. die Professionalisierung der Arbeit des Department for Political Affairs, dessen Frühwarnmöglichkeiten stark ausgebaut wurden. Außerdem haben die VN in den 1990er Jahren eine Fülle von Beobachtungsmissionen und guten Diensten auf den Weg gebracht, die zur Vorbeugung und Einhegung von Gewalteskalation beitragen.¹ Auch im Hinblick auf Friedenskonsolidierung haben die VN neue Weichen gestellt. Die *UN-Peacebuilding Commission* fungiert als intergouvernementales Beratungsgremium, das kriegszerstörte Länder begleitet und die Aktivitäten von internationalen Gebern koordiniert.

Eindrucksvolle Beispiele für *erfolgreiche Prävention* lieferte vor allem auch die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) zu Beginn der 1990er Jahre, indem sie die friedliche Loslösung der baltischen Länder von der ehemaligen Sowjetunion unterstützte.

¹ <http://www.un.org/undpa/en/overview>. Zu den entwicklungspolitischen Anstrengungen der VN für Prävention vgl. die Faktenübersicht des United Nations Development Programme http://www.un.org/en/land-natural-resources-conflict/pdfs/FF_conflict_prevention.pdf

Hier kam ein breites Spektrum von Soft-Power-Aktivitäten zum Einsatz: „Fact-Finding, Spiegelung der Befunde an die Akteure, kontinuierlicher Kontakt zu allen Seiten durch Besuche, Briefe, Entsendung von Kurz- und Langzeitmissionen, Konferenzen, Runde Tische und Integrationsprojekte sowie das nachdrückliche Bemühen, auf der Grundlage gemeinsamer Informationen die Akteure zu beraten und Dialoge über Einschätzungen, Bewertungen und Handlungsempfehlungen zu erreichen.“² Die Stärke der OSZE besteht darin, dass sie über ein breites Mitgliederspektrum von Vancouver bis Wladiwostok verfügt und es ist ihr vielerorts in Osteuropa gelungen, unter Beteiligung von politischen und zivilgesellschaftlichen Akteuren die Regelung von Minderheitenrechten wirksam zu unterstützen.

Prävention und Konflikttransformation wurden auch für die Europäische Union (EU) teilweise handlungsleitend. Die EU hat u.a. eine *Abteilung für Konfliktprävention, Friedensförderung und Mediation* im European External Action Service (EEAS) und ein *Fragility and Crisis Management Unit* in der Generaldirektion für Entwicklungspolitik eingerichtet, um Entwicklungspolitik stärker an Konfliktanalysen auszurichten. Das von einigen EU-Mitgliedstaaten 2015 in Brüssel geschaffene *European Institute for Peace* widmet sich dem Ausbau von Mediationskapazitäten. Sowohl die OSZE als auch die EU arbeiten in enger Vernetzung mit dem Europarat im Hinblick auf die Festsetzung von Normen und Standards bei der Umsetzung von Menschen- und Minderheitenrechten.

Während sich die EU-Mitgliedstaaten in den Sezessionskriegen im Jugoslawien der 1990er Jahre (z.B. in Bosnien, Kroatien und Kosovo) nicht auf ein gemeinsames und wirksames Vorgehen einigen konnten, gelang es der EU-Diplomatie zumindest in Mazedonien ein Abkommen zu vermitteln und einem Krieg vorzubeugen. In Bosnien und Kosovo hat die EU im Rahmen von Protektoraten zwar zur Stabilisierung der Situation beigetragen, aber von einem stabilen Frieden und Aussöhnung in der Region kann trotzdem bis heute nicht gesprochen werden kann, denn in der Balkanregion wurden Konflikte regelrecht eingefroren. Die Bedeutung der OSZE wurde jüngst in der Ukraine-Krise wieder deutlich, wo sie zur Entschärfung beitragen konnte und wo ihr auch weiterhin die Aufgabe zukommen wird, vertrauensbildende Maßnahmen zu vermitteln.

In der Ukraine-Krise wiederum hätte ich mir gewünscht, dass der UNO eine stärkere Mediatorenrolle zugedacht worden wäre, anstelle der EU, die in meinen Augen nicht

² Hanne Margret Birckenbach, Estland und Lettland 1991-2001, in: Forum Crisis Prevention, (Hg.) (2015), Beispiele gelungener Kriegsprävention – ein Überblick; <http://www.crisis-prevention.info/beispiele-gelungener-kriegspraevention-ein-ueberblick/>.

unerheblich zu der Problemlage in dieser Weltregion beigetragen hat; m.E. war sie durch die eigene Erweiterungspolitik so stark beteiligt, dass man sich fragen muss, ob nicht eine unabhängige, übergeordnete und globale Instanz für die Vermittlung angemessener und effizienter gewesen wäre.

Tatsächlich verzeichneten Friedensforscher in den 1990er-Jahren weltweit einen Rückgang von Kriegen und Bürgerkriegen. Diese Entwicklung wurde auch den Anstrengungen der Vereinten Nationen und ihren Einsätzen zum „peacekeeping“ und „peacebuilding“ in Nachkriegsregionen und dem Einsatz nicht-staatlicher Akteure für Konflikttransformation zugeschrieben. Es war von einem Erstarren der Global-Governance-Institutionen und einem globalen Wertewandel die Rede. Seit 2004 steigt die Zahl der bewaffneten Auseinandersetzungen allerdings wieder an. Mancherorts geht diese Entwicklung mit dem Zerfall staatlicher Strukturen und dem Machtzuwachs nicht-staatlicher Gewaltakteure einher. Internationale Experten, die das Konfliktgeschehen genauer analysieren, sehen eine Hauptursache der Trendwende in der Zunahme terroristischer Aktivitäten, die teilweise durch den vom Westen ausgerufenen „Krieg gegen den Terror“ zusätzlich verstärkt wurden.

Soviel zu den Rahmenbedingungen für Vorbeugung und Friedensförderung auf der internationalen Ebene. Wie haben sich nun die Bedingungen für zivile Krisenprävention und Friedensförderung auf der Nationalen Ebene entwickelt?

2. Politische Rahmenbedingungen auf nationaler Ebene

Hierzulande haben NGOs und politische Mandats- und Entscheidungsträger, Menschen aus der Zivilgesellschaft, sowie aus einigen Parlamentsfraktionen und Regierungsinstitutionen, beharrlich auf die Notwendigkeit hingewiesen, dass zivile Ansätze der Krisenprävention und Konfliktbearbeitung in der deutschen Politik Vorrang vor militärischen Ansätzen haben sollten, und dass man dafür eine geeignete „Infrastruktur“ aufbauen müsse. Dieses Desiderat prägt auch das Statut der „Plattform Zivile Konfliktbearbeitung“, in der sich NGOs aus der Friedens-, Menschenrechts- und Entwicklungszusammenarbeit und aus der humanitären Hilfe und Forschungsinstituten zusammengeschlossen haben.³ Schließlich hat die Bundesregierung dann zu Beginn der 2000er-Jahre einige Akzente gesetzt.

Dank einer Initiative von Bundestagsabgeordneten, wissenschaftlichen Einrichtungen und NGOs wurde 2004 gemeinsam mit Fachleuten des Auswärtigen Amts ein *Aktionsplan zivile*

³ Vgl. www.konfliktbearbeitung.net.

Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung erarbeitet und vom Kabinett verabschiedet. Für dessen Umsetzung wurde ein Ressortkreis und ein zivilgesellschaftlicher Beirat eingerichtet, und fortan berichtete die Regierung alle zwei Jahre dazu gegenüber dem Deutschen Bundestag.

Außerdem wurden verschiedene neue Instrumente geschaffen, die internationale Politik dabei unterstützen sollten, krisenpräventiv zu wirken:

- Die AG Frieden und Entwicklung (FriEnt) wurde gegründet, ein staatlich-zivilgesellschaftlicher Zusammenschluss in dem das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) und die Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) mit NGO-Netzwerken, kirchlichen Hilfswerken und politischen Stiftungen eng kooperieren, um die friedens- und entwicklungspolitische Praxis stärker in Beziehung zu setzen;
- Friedensförderung wurde zu einem Arbeitsschwerpunkt der Entwicklungszusammenarbeit und kam in vielen Ländern zum Einsatz;
- mit dem Zentrum für Internationale Friedenseinsätze wurde ein Personalpool für UN- und OSZE-Missionen aufgebaut und ein qualifiziertes Ausbildungsprogramm geschaffen;
- es gab Unterstützung für Projekte der Zivilen Konfliktbearbeitung, die von Organisationen der Zivilgesellschaft oder auch im Rahmen der Auswärtigen Kulturpolitik durchgeführt wurden, koordiniert von der Einrichtung „Zivik“ des Instituts für Auslandsbeziehungen (IfA);
- es wurde die Möglichkeit geschaffen, Fachkräfte im Rahmen des Zivilen Friedensdienstes (ZFD) zu entsenden und deren Ausbildung zu professionalisieren (Akademie für Konflikttransformation).

Der Zivile Friedensdienst (ZFD) wurde von NGOs gemeinsam mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) etabliert. Die Kriegshandlungen in der Region des ehemaligen Jugoslawien gaben den Impuls dafür. Inzwischen sind ZFD-Fachkräfte weltweit unterwegs. Seit 1999 wurden rund 1.100 Fachkräfte in über 50 Länder entsandt. 2015 waren 275 Personen im Einsatz: 115 in Afrika, je etwa 50 in Lateinamerika und in Asien, knapp 40 im Nahen Osten und 16 in Südosteuropa.⁴

Der ZFD spielt sowohl für die Prävention als auch für die Friedenskonsolidierung und Aussöhnung nach Gewaltkonflikten eine wichtige Rolle. Die Projekte reichen von der Gewaltprävention und Konfliktbearbeitung in Bolivien, der Begleitung von Menschenrechts-

⁴ Vgl. ziviler Friedensdienst, <https://www.ziviler-friedensdienst.org/>

verteidigern in Lateinamerika (z.B. Mexiko und Kolumbien) und Asien (Indonesien/Papua-Neuguinea, Myanmar) über Gemeinwesenarbeit in Israel-Palästina und Libanon, bis hin zu Versöhnungsschulen und friedenspsychologischer Unterstützung bei der Aufarbeitung gewaltsamer Vergangenheit in Peru, El Salvador, Guatemala, Nepal, Myanmar und im ehemaligen Jugoslawien. Die Entsendeorganisationen (Weltfriedensdienst, Brot für die Welt, Eirene, Forum ZFD, Kurve Wustrow, Peace Brigades, AGEH, und GIZ) arbeiten eng mit lokalen Partnern zusammen. In den vergangenen Jahren haben sie auch einen starken Fokus auf die Arbeit mit geflüchteten Menschen gelegt.

Auf der staatlichen Ebene zeichneten sich 2015 neue Impulse für Krisenprävention und Friedensförderung ab: im Nachgang zu der „Verantwortungsdiskussion“, die hochrangige Politiker/innen im Vorjahr angestoßen hatten, wurde vom Auswärtigen Amt eine neue Abteilung (Abteilung „S“) eingerichtet, die für Krisenprävention, Frühwarnung und Mediation, humanitäre Hilfe, Stabilisierung und Konfliktnachsorge zuständig ist.⁵ Im Frühjahr 2016 kündigte die Bundesregierung dann an, dass sie den 2004 verabschiedeten „Aktionsplan Zivile Krisenprävention ...“ überarbeiten bzw. durch neue „Leitlinien für Krisenengagement und Friedensförderung“ ablösen und begleitend zu diesem Prozess eine gesellschaftliche Diskussion initiieren möchte. Das Auswärtige Amt (Abteilung S) hat die Federführung für das Vorhaben übernommen. Das neue Leitlinienpapier wird von einer ressortübergreifenden Arbeitsgruppe verfasst. Der Schreibphase wurde ein Konsultationsprozess mit der Zivilgesellschaft vorgeschaltet. Die in den Bereichen Frieden, Menschenrechte und Entwicklungszusammenarbeit engagierten NRO wurden eingeladen, dafür Vorschläge zu entwickeln. Die Koordination des Austauschs wurde dem Global Public Policy Institute (Berlin) übertragen. Unter dem Motto „PeaceLab2016 – Krisenprävention weiter denken“ haben NGOs, Thinktanks und wissenschaftliche Einrichtungen im 2. Halbjahr 2016 dann Veranstaltungen zu vielfältigen globalen Themen abgehalten und Handlungsoptionen für Krisenprävention und Friedenskonsolidierung öffentlich diskutiert. Expert/innen aus der Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Regierung und Parlament kamen zudem in vielfältigen blog-Beiträgen zu Wort.⁶

Zusammenfassend würde ich sagen, dass die Dialogforen, die seit Ende der 1990er Jahre zwischen Regierung, Parlament und Zivilgesellschaft entstanden, grundsätzlich die Ausgangsbedingungen für den Austausch über Möglichkeiten ziviler Ansätze der Krisenprävention verbessert haben. In diesem Zusammenhang muss auch noch der „Unterausschuss für Zivile

⁵ Vgl. http://www.auswaertiges-amt.de/DE/AAmt/Abteilungen/S_node.html.

⁶ Vgl. den vom Global Public Policy Institute im Auftrag des Auswärtigen Amts moderierten blog www.peacelab2016.de.

Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und vernetztes Handeln“ erwähnt werden, der dem Auswärtigen Ausschuss im Deutschen Bundestag angegliedert wurde und sich als wichtiges Scharnier erwiesen hat. Allerdings könnten die vorhandenen Foren noch wesentlich zielstrebig und systematischer für die Auswertung bisheriger Erfahrungen und gemeinsame Lernprozesse genutzt werden.

Trotz verbesserter Rahmenbedingungen ließ die Kohärenz des Regierungshandelns in der Vergangenheit zu wünschen übrig. Kohärentes Handeln bestimmt sich ja nicht nur durch eine punktuelle Zusammenarbeit und komplementäres Handeln einzelner Ressorts, sondern vor allem dadurch, dass sichergestellt wird, dass nicht die Ansätze für Prävention und Friedensförderung, die in einem Ressort unternommen werden (z.B. in der Auswärtigen Kulturpolitik oder in der Entwicklungspolitik), durch die Politik anderer Ressorts konterkariert oder unterlaufen wird (z.B. in der Außenwirtschaftspolitik oder Sicherheitspolitik). Hier ist Deutschland nicht konsequent, und das zeigte sich unter anderem in der Rüstungsexportpraxis: Deutschland rangierte in den vergangenen Jahren immer an der Spitze in der Weltrangliste der größten Waffenexporteure, und trotz einer restriktiveren Praxis geraten weiterhin deutsche Waffen und Lizenzen weiterhin in Spannungsgebiete und Diktaturen.

Auch in der Entwicklungspolitik hat Deutschland Nachholbedarf, weil es der Selbstverpflichtung, 0,7 % des BNE für Entwicklungspolitik auszugeben,⁷ noch immer nicht nachkommt (zuletzt lag der Anteil bei 0,52 %, und das auch nur, weil die Ausgaben für Geflüchtete Personen hier mit eingerechnet wurden).⁸ Vor diesem Hintergrund erscheinen die Pläne der Bundesregierung, das Budget für die Bundeswehr bis 2020 um 10 Mrd Euro anzuheben völlig überzogen.

Ein weiteres Problem, das mit dem Mangel an Kohärenz verknüpft ist, besteht darin, dass über den „Aktionsplan“, der ja eher eine Bestandsaufnahme darstellte, nie ein verbindliches, übergeordnetes Leitbild und öffentlichkeitswirksames Leitlinienpapier vorgelegt wurde, von dem die Politik der einzelnen Ressorts hätte abgeleitet werden können.

⁷ 2005 hatte sich Deutschland im Rahmen eines sogenannten Stufenplans der EU verpflichtet, bis 2015 mindestens 0,7 Prozent seines Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe zur Verfügung zu stellen. Tatsächlich erreichte Deutschland 2015 nur eine ODA-Quote (ODA = official development aid) von 0,52 Prozent. Diese ist 2015 vor allem deshalb gestiegen, weil die Bundesregierung die Kosten für in Deutschland untergebrachte Flüchtlinge stärker angerechnet hatte als bisher. Das ist nach den Kriterien des OECD-Entwicklungsausschusses zwar erlaubt, wird von Land zu Land aber unterschiedlich gehandhabt und widerspricht eigentlich dem Geist der ODA-Quote, mit der gemessen werden soll, welche finanziellen Mittel die Industrienationen zur Überwindung von Armut und Hunger in den Entwicklungsländern bereit stellen. Vgl. <https://www.brot-fuer-die-welt.de/pressemeldung/2016-falsches-signal/>.

⁸ Um ohne Anrechnung der Kosten für in Deutschland untergebrachte Flüchtlinge bis 2020 eine ODA-Quote von 0,7 Prozent zu erreichen, müsste die Bundesregierung 2017 1,5 Milliarden Euro zusätzlich für Entwicklung ausgeben und ihre ODA-Ausgaben bis 2020 jährlich um weitere 1,5 Milliarden Euro steigern.

Stattdessen beobachten wir nun seit Jahren parallele Prozesse, in denen unterschiedliche Ressorts (zwar teilweise in Kooperation, aber mit unterschiedlichem Gewicht) Papiere und Dokumente verfassen: Zum ersten das Weißbuch der Bundesregierung, das vorrangig vom BMVg, wenngleich in Kooperation mit dem AA erstellt wurde; zum zweiten entstanden diverse Strategiepapiere im BMZ, und zum Dritten ist nun das Leitlinienpapier „Krisenengagement und Friedensförderung“ unter Federführung des AA in Arbeit. Es bleibt abzuwarten, was Letzteres im Ergebnis bringen und ob es von den Ressorts jenseits des AA dann wirklich beachtet werden wird. Richtig ist sicherlich, dass es einer Überarbeitung des 2004 verabschiedeten Aktionsplans „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ bedurfte, weil sich in der vergangenen Dekade der internationale Kontext teilweise stark verändert hat und sich neue globale Trends und Herausforderungen abzeichnen.

3. Herausforderungen für Deutschlands Politik im internationalen Kontext

Um diese Fragen angemessen zu behandeln, müsste man zunächst die weltweiten politischen Rahmenbedingungen darlegen und aufzeigen, wie sich das internationale Konfliktgeschehen entwickelt hat. Ich beschränke mich hier auf wenige Eckdaten und verweise für eine umfassende Bestandsaufnahme auf das jährlich aktualisierte „Friedensgutachten“ deutscher Friedensforschungsinstitute.⁹

3.1. Globale Machtverschiebungen

Friedensforscher beobachten, dass die Unipolarität, die sich seit dem Ende des Ost-West-Konflikts nach 1990 herausgebildet hatte, ihrem Ende naht. Inzwischen kann man von einem klaren Machtverlust des Westens sprechen, ohne dass sich klar abzeichnet, in welche Richtung sich das Machtgefüge genau entwickeln wird. Auch wenn die USA ihre militärische und politische Dominanz erhalten konnten, haben sich wirtschaftlich, finanziell und kulturell die Gewichte verschoben, nicht zuletzt aufgrund des Machtzuwachses der sogenannten BRICS-Staaten Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika. Diese verlangen nun mehr Mitspracherechte, während die bisherigen Vormächte ihre Macht nicht in Frage stellen lassen wollen. Zudem werden Strukturen der multilateralen Abstimmung in Frage gestellt (siehe

⁹ Das Friedensgutachten wird von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (Frankfurt), dem Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg, dem Institut für Entwicklung und Frieden (Duisburg-Essen), der Forschungsstätte Evangelische Studiengemeinschaft FEST (Heidelberg) und dem Bonn International Center for Conversion herausgegeben. Vgl. www.friedensgutachten.de.

Russland-Ukraine-Konflikt). Neue Akteure traten auf den Plan, sie mischen sich in den Ländern des globalen Südens mit unterschiedlichen Interessen ein und gewinnen an Einfluss (siehe z.B. die Aktivitäten Chinas in Afrika). Ihr Engagement ist nicht zwangsläufig von einem Wertekanon getragen, der sich an Menschenrechten und Friedensförderung orientiert.

3.2. *Zunahme des Wohlstandsgefälles und Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen*

Wir beobachten eine massive Zunahme von Ernährungskrisen im globalen Süden. Sie erschweren die Strategien der Armutsbekämpfung und gehen mit Konflikten um Land und Ressourcen einher. Eine massive Zunahme ausländischer Direktinvestitionen in landwirtschaftliche Nutzflächen und die globalen Preisentwicklungen bei Agrargütern haben diese Krisen beschleunigt. Die globalen Wirtschafts- und Finanzkrisen haben vielerorts die Situation zusätzlich verschärft und soziale Ungleichgewichte weiter vergrößert. In Teilen des globalen Südens könnten klimatische Veränderungen krisenhafte Entwicklungen zusätzlich begünstigen. Mancherorts, etwa in Afrika und der Pazifikregion, sind klimabedingte Zerstörungen von Lebensgrundlagen und Fluchtbewegungen schon klar erkennbar. Nach Angaben des UN-Flüchtlingswerks (UNHCR) sind inzwischen mehr als 60 Millionen Menschen „auf der Flucht“, bedingt durch Krisen, Kriege oder Naturkatastrophen. Dazu zählten Menschen, die in anderen Ländern Zuflucht oder Asyl suchten, ebenso wie intern, im eigenen Land Vertriebene. 86 Prozent leben in Nachbarstaaten. UN-Organisationen und NGOs gehen davon aus, dass vor allem die Zahl der Klimaflüchtlinge in den kommenden Jahren stark zunehmen wird.

Staatzerfallsprozesse bedrohen in einigen Regionen den Frieden bzw. führen dazu, dass die Bedürfnisse von Menschen nicht mehr befriedigt werden können. Es gab eine massive Zunahme von Gewaltpotenzialen, Menschenrechts- und Friedensgefährdungen und vor allem im Nahen und Mittleren Osten in den Jahren 2013/14 neue Herausforderungen. Die Hoffnung auf eine Transformation von Konflikten, die mit den Protestbewegungen gegen korrupte Regime und den politischen Umstürzen in der MENA-Region zunächst verbunden war, wurde nicht erfüllt. Vielmehr traten vielerorts neue Konflikte (v.a. im Nahen und Mittleren Osten) und Gewaltakteure auf den Plan. Dem stehen massive Begrenzungen des multilateralen Präventionssystems gegenüber.

3.3. *Begrenzungen des Präventionssystems und veränderte Diskurse*

Trotz der beschriebenen Vernetzungen und trotz der vielfältigen Bekenntnisse für Krisenprävention und Friedensförderung, die man in den Verlautbarungen internationaler Organisationen und mancher Regierungen liest, sind den präventiven Herangehensweisen in der Realität letztlich enge Grenzen gesetzt. So sind die VN – obwohl sie 193 Staaten repräsentieren und völkerrechtlich klar für globale Prävention und Friedenssicherung mandatiert sind - immer nur so stark und handlungsfähig, wie die Mitgliedstaaten sie haben wollen.¹⁰ Bei diesen müssen die VN-Institutionen für jede einzelne Maßnahme regelrecht betteln gehen. Ein trauriges Beispiel dafür ist, dass die VN vom Herbst 2014 bis Ende 2015 sehr nachdrücklich und gleichzeitig vergeblich bei den Mitgliedstaaten dafür warben, das Welternährungsprogramm so aufzustocken, dass die aus dem syrischen Bürgerkrieg geflohenen Menschen in den Anrainerstaaten humanitär versorgt werden können. Die Weigerung der Mitgliedstaaten und die Verknappung der Nahrung waren letztlich mitverantwortlich für die anschließenden massiven Wanderungsbewegungen.

Hinzu kommt, dass Ansätze der Krisenprävention und zivilen Konfliktbearbeitung aktuell mit einem Wandel der Diskurse konfrontiert sind, die sich stärker denn je an Sicherheit im Sinne einer Abschottung orientieren und das normative Ziel des Friedens immer mehr in den Hintergrund drängen. Diese Denkweise spricht vor allem aus den Strategiepapieren der Europäischen Union und einiger Mitgliedstaaten.¹¹ Nach den desillusionierenden Erfahrungen, die mit internationalen militärischen Interventionen in den vergangenen Jahren gemacht wurden, ist nun eine neue Tendenz erkennbar: Für die Abwehr von terroristischen Gefahren, von dschihadistischen Bewegungen sowie kriegsbedingten Migrationsströmen sollen vorwiegend polizeiliche und militärische Akteure in den betroffenen Ländern

¹⁰ Vgl. Report of the Secretary General on the United Nations and Conflict Prevention: A Collective Recommitment, S/2015/730, 25.9.2015

http://peacemaker.un.org/sites/peacemaker.un.org/files/SGReport-Prevention-S2015730_Eng.pdf

¹¹ Vgl. EU Commission and High Representative for Foreign Affairs and Security Policy, Regulation Proposal for Amending Regulation (EU) No 230/2014 (...) Establishing an Instrument Contributing to Stability and Peace, 5 Juli 2016, https://ec.europa.eu/europeaid/sites/devco/files/com-2016-477-20160706-proposal-for-regulation-icsp_en.pdf; EU

Commission, Joint Communication to the EP and the Council. "Elements for an EU-wide Strategy Framework to Support Security Sector Reform" [SWD (2016) 221 final]. http://ec.europa.eu/europeaid/sites/devco/files/joint-communication-ssr-20160705-p1-854572_en.pdf; EU Kommission und Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik, Kapazitätsaufbau zur Förderung von Sicherheit und Entwicklung – Befähigung unserer Partner zur Krisenprävention und –bewältigung“, Brüssel, 28.4.2015, <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52015JC0017&from=DE>; Shared Vision, Common Action: A Stronger Europe. A Global Strategy for the European Union's Foreign and Security Policy, vorgelegt Federica Mogherini, Juni 2016. http://eeas.europa.eu/top_stories/pdf/eugs_review_web.pdf. Zugegriffen am 30.10.2016.

„ertüchtigt“ (ausgebildet und ausgerüstet) werden, während Ansätze ziviler Konfliktbearbeitung und entwicklungspolitische Initiativen den (meist europäisch definierten) Sicherheitsinteressen zunehmend untergeordnet werden.

Vor allem auf der Europäischen Ebene gibt es einen klaren Trend zur „Sicherheit“ auf Kosten von Entwicklung und Frieden. Reagiert wird vor allem auf Symptome, aber es gibt keine überzeugenden Konzepte für die Analyse und Bearbeitung von Kriegs- und Fluchtursachen. Teilweise drohen auch mühsam eingerichtete Instrumente für zivile Krisenprävention und Friedensförderung auch wieder umfunktioniert zu werden. Besonders besorgniserregend erscheinen mir die Bestrebungen der EU-Kommission und verschiedener Mitgliedstaaten, mit dem Hinweis auf einen „umfassenden Ansatz“ militärische und zivile Instrumente in der Ausgabenpolitik zu vermischen.

Ein plastisches Beispiel ist der Vorstoß der EU-Kommission, angetrieben durch mehrere Mitgliedstaaten, das „Instrument für Stabilität und Frieden“, das für den Ausbau ziviler Ansätze geschaffen wurde, für „militärische Ertüchtigung“ umzufunktionieren. Kurz vor den Sommerferien sorgte ein Vorschlag der EU-Kommission für Schlagzeilen: Aus dem „Instrument für Stabilität und Frieden“ (IcSP), dem Geldtopf der Europäischen Union für zivile Konfliktbearbeitung, sollen zukünftig auch Ausrüstung und Ausbildung für Streitkräfte in Drittstaaten finanziert werden. Die Bundesregierung unterstützt das Vorhaben offenbar und es gibt Anzeichen dafür, dass sie dieses im Rahmen ihrer Politik der „Ertüchtigung“ des Sicherheitssektors in Krisenländern sogar aktiv mit vorangetrieben hat. Besondere Brisanz erhält der Vorschlag dadurch, dass in Brüssel diskutiert wurde, die für die Ausweitung erforderlichen Mittel (vorerst kalkuliert mit 100 Mio Euro von 2017-2020) aus dem Budget für Armutsbekämpfung (sogenannten „un-allocated funds“, also Reservemitteln) umzuwidmen. Brot für die Welt und weitere NGOs und NGO-Netzwerke haben diesen Vorstoß scharf kritisiert und Regierung und Parlament aufgefordert, das Vorhaben zu stoppen.¹² Leider wird das Vorhaben inzwischen auch vom Europäischen Rat unterstützt.

Diese Entwicklungen bringen mich zu dem Schluss, dass es aktuell vor allem darum geht, Diskurse zu dekonstruieren und zu beeinflussen, und alles daran zu setzen, die Instrumente, die international und national für zivile Ansätze der Prävention und Friedensförderung geschaffen wurden, vehement zu verteidigen.

¹² Vgl. Martina Fischer. EU- Kommission will Instrument für Stabilität und Frieden umfunktionieren, 19.09.2016, <http://info.brot-fuer-die-welt.de/blog/keine-militaerfinanzierung-aus-entwicklungsgeldern>; Martina Fischer. EU: Entwicklungsgelder für Militärfinanzierung, 28.10.2016, <http://info.brot-fuer-die-welt.de/blog/eu-entwicklungsgelder-militaerfinanzierung>. Zugegriffen am 12.1.2016.

4. Was braucht erfolgreiche Prävention in der Zukunft?

Erfolgreiche Prävention benötigt vor allem eine Stärkung der Handlungsfähigkeit der VN und ihrer Regionalorganisationen. Deren Präventionskapazitäten sollten durch die Politik der EU und ihrer Mitgliedstaaten fortlaufend und systematisch unterstützt werden. Prävention und Friedensförderung benötigt ferner eine Politik, die sich auf die Bearbeitung der Ursachen von Gewaltkonflikten richtet und auch die eigenen Anteile an Strukturen des Unfriedens kritisch in den Blick nimmt. Auch die Einhaltung der nachhaltigen Entwicklungsziele und Klimaziele gehört dazu, ebenso wie der Einsatz für mehr Gerechtigkeit in den internationalen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen, sowie Regeln für und Überprüfung von Unternehmen im Hinblick auf die Auswirkungen von Direktinvestitionen auf die Landverteilung und die Lebensgrundlagen der Menschen im globalen Süden. Krisenprävention darf also nicht nur als Aufgabe des BMZ und AA definiert, sondern muss als *ressortübergreifende Aufgabe* verstanden werden, der auch die Außenhandels-, Wirtschafts-, Umwelt-, Klima- und Sicherheitspolitik gerecht werden müssen. Erfolgreiche Prävention benötigt zudem einen stetigen Ausbau der Dialog- und Kooperationsstrukturen mit der Zivilgesellschaft. Deren Engagement, z.B. in der Politik- und Menschenrechtsbeobachtung, kann erfolgreiche Vorbeugung maßgeblich unterstützen, und kommt vor allem für die Aussöhnung nach Gewaltkonflikten und die Tragfähigkeit von Friedensprozessen eine zentrale Bedeutung zu.

Man darf gespannt sein, ob die von der Bundesregierung geplanten neuen „Leitlinien für Krisenengagement und Friedensförderung“ alle diese Dimensionen aufgreifen und mehr Kohärenz im außen-, entwicklungspolitischen und wirtschaftspolitischen Handeln begründen. Für mich ist entscheidend, ob es gelingt, endlich ein friedenspolitisches Leitbild zu entwerfen, indem die ethischen Grundlagen der Politik umrissen werden, und von dem dann die Politik einzelner Ressorts abgeleitet werden können. Ich meine, dass wir die Forderung nach einer *ethischen Fundierung* von Außenpolitik unbedingt hochhalten müssen, auch wenn manche Politiker das nicht so gerne hören.

5. Außenpolitik als Friedenspolitik: die Notwendigkeit einer ethischen Fundierung

An welchen Werten und Prinzipien sollte sich deutsche Außenpolitik orientieren? Dem Diskurs der Kirchen und kirchennahen Netzwerke lassen sich dafür zahlreiche Anregungen entnehmen. Auch die Kirchentage haben dafür Impulse geliefert. Politische und gesellschaftliche Fragen werden hier mit Werten wie Gerechtigkeit, Teilhabe, Gewaltfreiheit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung zusammen gedacht. Auch die internationale ökumenische Bewegung hat wichtige Diskussionsbeiträge beigesteuert. Die Botschaft der Ökumenischen Friedenskonvokation von Kingston¹³ nennt vier globale Herausforderungen:

- Frieden mit der Gemeinschaft, also Gerechtigkeit und Auseinandersetzung mit den vielfältigen Formen von Unterdrückung und Ungerechtigkeit;
- Frieden mit der Erde, also die Bewahrung der Schöpfung und das Teilen von Ressourcen;
- Frieden in der Wirtschaft, also die Überwindung struktureller Gewalt, die durch Armut, Handelsverzerrungen und fehlende Gleichberechtigung zwischen Gesellschaftsklassen und auch global zwischen Ländern geprägt ist, sowie
- Frieden zwischen den Völkern, also die Überwindung nationaler Konzepte von Sicherheit zugunsten der Sicherheit für alle.

Sowohl aus dem katholischen als auch aus dem evangelischen Spektrum wurde die Rüstungsexportpraxis immer wieder scharf kritisiert, auf die Mitverantwortung westlicher Politik für Gewaltkonflikte hingewiesen, und globale Verteilungsgerechtigkeit eingefordert.¹⁴ Das Projekt „Weltethos“, das von Hans Küng und zahlreichen Religionswissenschaftlern auf den Weg gebracht wurde, hat für die Debatte, wie internationale Politik verantwortlich gestaltet und ethisch fundiert werden kann, weiteren Stoff geliefert (Küng und Senghaas 2003). Sie diskutierten Gewaltfreiheit, Gerechtigkeit und Teilhabe (bzw. Entwicklung und Demokratisierung), Frieden und ökologische Nachhaltigkeit und verwiesen darüber hinaus auf die Verrechtlichung der internationalen Beziehungen und die unbedingte Pflicht, das Völkerrecht zu respektieren.

¹³ Vgl. <http://www.gewaltueberwinden.org/de/konvokation/kingston-2011.html>. Zugegriffen: 15. Januar 2016.

¹⁴ Vgl. z.B. die Ausführungen von Kardinal Wölki. http://de.radiovaticana.va/news/2015/11/24/kardinal_woelki_deutsche_r%C3%BCstungsexporte_versch%C3%A4rft_terror/1189185#. Zugegriffen 27. Januar 2016. Kritische Stimmen zur Rüstungsexportpraxis finden sich auch auf den Webseiten von Brot für die Welt, Pax Christi, Misereor und der ökumenischen Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung.

Außerdem haben sich die Evangelischen Akademien mit dem Diskursprojekt „...dem Frieden in der Welt zu dienen“ in die Debatte eingemischt. Das Ergebnispapier verweist im Vorwort auf die Präambel des Grundgesetzes, in der sich Deutschland verpflichtet, „als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“ und schließt mit der Aufforderung: „Friedenslogik in der Außen- und Sicherheitspolitik stärken“ (EAD 2015, S. 14). Diese Empfehlung ist von zentraler Bedeutung, eben weil Friedenslogik – trotz Ausbau der Instrumente für Krisenprävention und Konfliktbearbeitung – hierzulande noch nicht zum tragenden Element von Politik geworden und „Sicherheitslogik“ bislang dominant geblieben ist.

Die Tücken der Sicherheitslogik können folgendermaßen zusammengefasst werden: Sie ist selbstreferentiell, erhebt die eigenen Interessen zur einzig relevanten Kategorie, hegt einen prinzipiellen Feindverdacht gegen andere Akteure und blendet strukturelle Ursachen und eigene Anteile am Problem aus; sie neigt zur Dramatisierung und damit letztlich auch zur Eskalation im Handeln (Jaberg 2014). Friedenslogik hingegen erfordert die Bereitschaft, Politik auf die Bearbeitung von Konfliktursachen auszurichten und wirklich kohärent zu gestalten, Ungleichheit und Ungerechtigkeit innerhalb von Gesellschaften und im globalen Kontext in den Blick zu nehmen und die Grenzen der ökologischen Belastbarkeit des Planeten zu berücksichtigen. In der Sicherheitslogik spielen derartige Überlegungen kaum eine Rolle, ihr geht es im Wesentlichen um eine Stabilisierung der bestehenden Verhältnisse, um die Bewahrung des *Status quo*. Sie drängt damit Bemühungen zur Veränderung der sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen von Gewaltkonflikten in den Hintergrund (Birckenbach 2012).

Frieden ist also mehr als Sicherheit, wie Hanne Birckenbach und Sabine Jaberg, zwei Kolleginnen aus der Friedensforschung, wiederholt in ihren Studien festgestellt haben. Es wäre zu wünschen, dass die Debatte um die Verantwortung Deutschlands in der Welt friedenslogische Sichtweisen stärker als bisher berücksichtigt, und dass die politischen Akteure eine klare friedenspolitische Vision entwerfen, von der dann die Strategien einzelner Ressorts abgeleitet werden können.

Hier geht es keineswegs darum, eine „bloße Gesinnungsethik der Idealpolitiker“ (Küng 2003, S. 24) zum Paradigma für die Außenpolitik und die Gestaltung der internationalen Beziehungen zu erheben. Eine Politik, die sich allein auf moralische Grundsätze stützt, ohne reale Machtverhältnisse und Interessenlagen, konkrete Durchsetzbarkeit und potenzielle negative Folgen reflektiert, wird den aktuellen globalen Herausforderungen vermutlich kaum

gerecht. Hans Küng forderte daher, die „intentionorientierte politische Ethik“ durch eine „resultatorientierte Ethik“ zu ergänzen, mit dem Ziel, eine Ethik der Verantwortung zu etablieren: eine Ethik, die eine Gesinnung voraussetzt, aber realistisch nach den voraussehbaren Folgen, besonders auch nach den unbeabsichtigten, schwerwiegenden Nebenfolgen einer bestimmten Politik fragt:

„Die Kunst der Politik im nachmodernen Paradigma besteht darin, das politische Kalkül und das ethische Urteil überzeugend zu verbinden und in jeder neuen Situation auch immer wieder neu zu suchen. Also (...) ein *dritter Weg der verantworteten Vernunft*: weder ein unverantwortlicher Machiavellismus und Libertinismus noch ein unrealistischer Moralismus und Utopismus.“
(Küng 2003, S. 25)

Das schließt nicht aus, dass Politik mit Zielkonflikten konfrontiert wird. Gleichwohl können Entscheidungen für den Einsatz militärischer Mittel nicht einfach mit dem Hinweis auf den Zielkonflikt zwischen „Frieden“ und „Menschenrechtsschutz“ begründet werden. Auch bündnispolitische Erwägungen, die bei den bisherigen Entscheidungen deutscher Regierungs- und Parlamentsvertreter zur aktiven Beteiligung an bzw. zur Unterstützung von Kriegseinsätzen immer wieder (z.B. im Kosovo, Afghanistan und aktuell in Syrien) eine wichtige Rolle spielten, können für sich allein nicht überzeugen. Vielmehr ist vor einer Entscheidung für militärische Aktionen zu prüfen und offenzulegen, a) welche Absichten, Zielsetzungen und Erfolgsaussichten mit solchen Einsätzen verbunden sind, b) ob die Verhältnismäßigkeit gegeben ist, c) ob die Akteure wirklich legitimiert sind, und ob d) militärische Gewaltanwendung wirklich das letzte Mittel ist, nachdem alle zivilen Wege ausgeschöpft wurden.

Friedensarbeiter/innen sollten nicht darin nachlassen, auf die möglichen Folgen militärischer Interventionen (z.B. Erhöhung der Rekrutierungspotenziale für terroristische Aktivitäten; Gefährdung von Zivilist/innen durch Kriegführung, um andernorts Menschen zu retten) hinzuweisen und sie sollten vor allem der Erwartung, die dadurch angerichteten Schäden könnten anschließend durch zivile Ansätze und „Aufräumkommandos“ abgemildert oder geheilt werden, eine Absage erteilen. Sie sollten aber auch Konzepte wie „militärische Ertüchtigung“, deren Erfordernis mit einem sogenannten „umfassenden Ansatz“ begründet werden, nicht einfach unhinterfragt akzeptieren, sondern auch hier die Risiken und Unwägbarkeiten, die solche Konzepte mit sich bringen, thematisieren. Nach welchen Kriterien werden überhaupt Partner ausgewählt, die man ertüchtigen will? Und wie verhindert man, dass die Ausrüstung in falsche Hände gerät? Wie stellt man sicher, dass nicht die Partner von heute zu den Feinden von morgen werden? Diese Risiken sind immens, erst recht in Regionen und Kontexten, die von Staatszerfall und Fragilität der politischen Strukturen geprägt sind.

6. Ausblick

Anstelle einer Zusammenfassung und eines Ausblicks auf die aktuelle Weltlage möchte ich meine Ausführungen mit offenen Fragen und einigen Überlegungen aus einer Rede von Dietrich Bonhoeffer schließen. Er hielt sie am 28. August 1934, fünf Jahre vor Beginn des Zweiten Weltkriegs, bei einer Tagung des ökumenischen Weltbunds für Freundschaftsarbeit. Sie wurde in friedensbewegten Kreisen schon häufig zitiert. In meinen Augen ist der Text weiterhin von hoher Aktualität, deshalb möchte ich ihn hier auszugsweise vortragen:

*(Dietrich Bonhoeffer Werke 13, Seite 298-301,
<http://www.dietrich-bonhoeffer-verein.de/index.php?id=48>)*

„Wie wird Friede? Durch ein System von politischen Verträgen? Durch Investierung internationalen Kapitals in den verschiedenen Ländern? d. h. durch die Großbanken, durch das Geld? Oder gar durch eine allseitige friedliche Aufrüstung zum Zweck der Sicherstellung des Friedens? Nein, durch dieses alles aus dem einen Grunde nicht, weil hier über Friede und Sicherheit verwechselt wird. *Es gibt keinen Weg zum Frieden auf dem Weg der Sicherheit.* (Hervorhebung MF) Denn Friede muß gewagt werden, ist das eine große Wagnis, und läßt sich nie und nimmer sichern. Friede ist das Gegenteil von Sicherung. Sicherheiten fordern heißt Mißtrauen haben, und dieses Mißtrauen gebiert wiederum Krieg. Sicherheiten suchen heißt sich selber schützen wollen.

Friede heißt sich gänzlich ausliefern dem Gebot Gottes, keine Sicherung wollen, sondern in Glaube und Gehorsam dem allmächtigen Gott die Geschichte der Völker in die Hand legen und nicht selbstsüchtig über sie verfügen wollen. Kämpfe werden nicht mit Waffen gewonnen, sondern mit Gott. Sie werden auch dort noch gewonnen, wo der Weg ans Kreuz führt. Wer von uns darf denn sagen, daß er wüßte, was es für die Welt bedeuten könnte, wenn ein Volk – statt mit der Waffe in der Hand – betend und wehrlos und darum gerade bewaffnet mit der allein guten Wehr und Waffe den Angreifer empfinde? (Gideon: ...des Volkes ist zuviel, das mit dir ist ... Gott vollzieht hier selbst die Abrüstung!)

Noch einmal darum: Wie wird Friede? Wer ruft zum Frieden, daß die Welt es hört, zu hören gezwungen ist? Daß alle Völker darüber froh werden müssen? Der einzelne Christ kann das nicht – er kann wohl, wo alle schweigen, die Stimme erheben und Zeugnis ablegen, aber die Mächte der Welt können wortlos über ihn hinwegschreiten. Die einzelne Kirche kann auch wohl zeugen und leiden – ach, wenn sie es nur täte - aber auch sie wird erdrückt von der Gewalt des Hasses.

Nur das Eine große ökumenische Konzil der Heiligen Kirche Christi aus aller Welt kann es so sagen, daß die Welt zähneknirschend das Wort vom Frieden vernehmen muß und daß die Völker froh werden, weil diese Kirche Christi ihren Söhnen im Namen Christi die Waffen aus der Hand nimmt und ihnen den Krieg verbietet und den Frieden Christi ausruft über die rasende Welt.“

Ich bin sicher und freue mich darauf, dass wir den Unterschied zwischen Friedens- und Sicherheitslogik im Rahmen dieser Veranstaltung anhand von Beispielen noch ausführlicher

erörtern werden. Der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Baden-Württemberg möchte ich aber an dieser Stelle auch noch herzlich zu ihrem Friedensappell gratulieren, weil er diese Differenzierung ja auch aufgreift und wertvolle Empfehlungen für die Politik, Zivilgesellschaft, und die ökumenische Friedensarbeit enthält.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

7. Quellen und Literatur

- Birckenbach, Hanne-Margret. 2012. Friedenslogik statt Sicherheitslogik. Gegenentwürfe aus der Zivilgesellschaft. *Wissenschaft & Frieden* 30 (2): 42-47.
- Boutros Boutros-Ghali. 1995. *Agenda für den Frieden*. Berlin: Berliner Komitee für UNESCO-Arbeit.
- Birkenbach, Hanne-Margret. 2015. Estland und Lettland 1991-2001. In *Beispiele gelungener Kriegsprävention – ein Überblick*, hrsg. vom Forum Crisis Prevention (Hrsg.), Redaktion Reiner Steinweg. www.crisis-prevention.info/. Zugegriffen: 11. Januar 2016.
- Bundesregierung. 2004. *Aktionsplan Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung*. Berlin.
- Die Evangelischen Akademien in Deutschland (EAD) (Hrsg.). 2015. „*Dem Frieden in der Welt zu dienen*“. *Ergebnisse und Empfehlungen*. Berlin: EAD.
- Fischer, Martina. 2004. Der Aktionsplan Krisenprävention der Bundesregierung – Von der Bestandsaufnahme zur Selbstverpflichtung für eine zivile Außenpolitik? *Die Friedens-Warte* 79 (3-4): 313-322.
- Fischer, Martina. 2014. Zehn Jahre Aktionsplan Zivile Krisen Prävention. *Sicherheit und Frieden* 32 (3): 206-211.
- Jaberg, Sabine. 2014. Sicherheitslogik. Eine historisch-genetische Analyse und mögliche Konsequenzen. *Wissenschaft & Frieden* Dossier 75: 9. <http://wissenschaft-und-frieden.de/seite.php?dossierID=079>. Zugegriffen: 14. Juli 2015.
- Küng, Hans und Dieter Senghaas (Hrsg.). 2003. *Friedenspolitik. Ethische Grundlagen internationaler Beziehungen*. München: Piper.
- Senghaas, Dieter. 1995. Hexagon-Variationen: Zivilisierte Konfliktbearbeitung trotz Fundamentalpolitisierung. In *Friedliche Konfliktbearbeitung in der Staaten- und Gesellschaftswelt*, hrsg. von Norbert Ropers und Tobias Debiel (Hrsg.), 37-54. Bonn: SEF.

Bio

Dr. Martina Fischer (Jg. 1958) ist Politikwissenschaftlerin und seit den 1980er Jahren in der Friedensforschung aktiv. Seit 1998 war sie in unterschiedlichen Funktionen an der Berghof Foundation (Berlin) tätig. Seit April 2016 unterstützt sie das Referat „Menschenrechte und Frieden“ bei Brot für die Welt (Berlin) als Referentin für Frieden und Konfliktbearbeitung als Beraterin auf Zeit. Seit 2011 ist sie Mitglied im Präsidium des Deutschen Evangelischen Kirchentags. Sie hat zu folgenden Themen geforscht und publiziert: Friedensförderung und Aussöhnung in Nachkriegsregionen; Zivilgesellschaft; Zivile Konfliktbearbeitung und Konflikttransformation; Verhältnis von Militär und Gesellschaft. Zudem berät sie politische Mandats- und Entscheidungsträger, Parteien, NGOs und internationale Organisationen in friedenspolitischen Fragen und hat zahlreiche Praxisprojekte in Ländern des westlichen Balkan mit Evaluierungen begleitet.